

# Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



Gedenktag 2013, Foto: karlsruhe.vvn-bda.de

## Gedenken an die Opfer des Faschismus

**Deutsche Kommunistische Partei (DKP) beteiligt sich auch in diesem Jahr wieder an der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus, die alljährlich von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) am Totensonntag abgehalten wird.**

Am Datum des Totensonntags begeht die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in Karlsruhe traditionell den **Gedenktag für die Opfer des Faschismus**. Im breiten Bündnis wird alljährlich am Hauptfriedhof der millionenfach Ermordeten, aber auch der Widerstandskämpferinnen und -kämpfern erinnert.

Für Kommunisten ist die Beteiligung an dem Gedenktag eine Selbstverständlichkeit. Denn die Kommunisten waren die ersten, die von politischer Verfolgung durch das Naziregime bedroht waren und zählten zu den konsequentesten Widerständlern gegen die faschistische Diktatur.

Karlsruher Kommunistinnen und Kommunisten haben eine glorreiche **Tradition des Widerstands**: Lina und Adolf Betz, Friedrich Karl Hans Dietz, Otto Elsenhans, Gustav Kappler, Otto Schneider, Karl

### Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Sonntag, 23. November 2014 (Totensonntag)  
11.00 Uhr, Gedenkstätte des Hauptfriedhofs  
Karlsruhe. Treffpunkt: 10.45 Uhr am Eingang  
des Hauptfriedhofs.

**Veranstalter: VVN-BdA Karlsruhe**

Wagner, Walter Wasserthal, Artur Wiesemann und zahlreiche andere standen mit ihrem Leben für eine **Welt des Friedens und der Freiheit** ein.

Das Gedenken an die Opfer des Faschismus bliebe jedoch leer, wenn es nicht mit einer **politischen Dimension** gefüllt wird. So gilt es Lehren aus der Vergangenheit für die Gegenwart zu ziehen und danach zu handeln. - kaj

Sozial is' muss!

# Karl Wagner – Kommunist und Antifaschist

Am 8. Oktober 2014 jährte sich der Todestag von Karl Wagner zum 31. Mal.

„Die Mutigen machen mutig, die Klugen machen klug, die Gütigen machen gütig, heißt es bei Bert Brecht. Karl Wagner war ein Mensch, den außergewöhnlicher Mut und Klugheit auszeichneten.

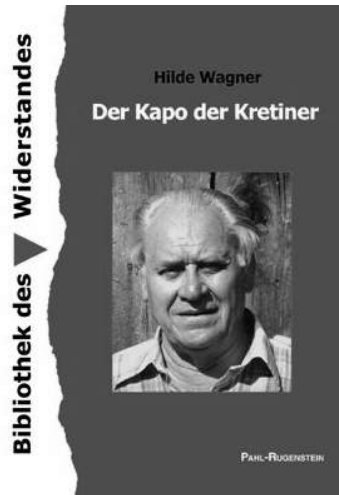


Dazu kam ein empfindsames, feinfühliges Wesen. Eine tiefe Menschlichkeit, die er für seine Kameraden empfand. Und er war eingewoben in die Solidarität seiner Kameraden, die das große Thema

seines Lebens ist“ (Arno Neuber).

Der Stuttgarter Arbeitersohn Karl Wagner (1909 – 1983), gelernter Kunststeinarbeiter, seit Winter 1931 arbeitslos, hatte sich als überzeugter Gegner der Nationalsozialisten der KPD angeschlossen. Im März 1933 verhaftet, war er drei Monate im KZ

Heuberg. Im Juni 1933 wieder entlassen, wurde er bereits im Oktober 1933 erneut verhaftet und in die



Zentrale der politischen Polizei in Stuttgart verschleppt. Im April 1935 wurde Karl zum drittenmal verhaftet, zu Gefängnis verurteilt und anschließend in das KZ Börgermoor deportiert. Kurz vor Weihnachten 1936 wurde er in Dachau eingeliefert. Im Juni 1944 auf Vernichtungstransport geschickt, überlebte er dank der Solidarität

der Buchenwalder Widerstandsorganisation und setzte nach 1945 den Kampf für eine „neue Welt des Friedens und der Freiheit“ (Schwur von Buchenwald) u. a. in der DKP Karlsruhe und der VVN-BdA Karlsruhe fort. - kaj

Quellen: [www.dkp-karlsruhe.de](http://www.dkp-karlsruhe.de) und Hilde Wagner: Der Kapo der Kretiner (Pahl-Rugenstein). Portrait: Ulrich Schneider: Zukunftsentwurf Antifaschismus (Pahl-Rugenstein).

## Analphabetismus in Karlsruhe

Jeder vierte Karlsruher kann nicht richtig lesen und schreiben.

Am 8. September war Weltalphabetisierungstag und erschreckende Zahlen gingen durch die Medien: 7,5 Millionen Menschen in Deutschland sind „funktionale Analphabeten“. Funktionale Analphabeten können zwar Buchstaben erkennen und ein paar Wörter lesen/schreiben, doch sie sind nicht in der Lage längere Sätze zu verstehen.

ka-news berichtete am 15. September, dass die Zahl der funktionalen Analphabeten in Karlsruhe auf 27.000 geschätzt wird. Darüber hinaus gebe es ca. 48.000 weitere Karlsruher zwischen 18 und 64 Jahren, die mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche zu kämpfen haben. Bei einer Einwohnerzahl von 295.293 (Stand: Juni 2014) bedeutet dies, dass 25 Prozent der Karlsruher nicht richtig lesen und schreiben können! Dabei wird ausdrücklich auf eine hohe Dunkelziffer hingewiesen.

Es bewahrheitet sich, was das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bereits in seiner Ausgabe vom

9. März 1974 festgestellt hat: „Der Analphabetismus ist mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden. Er hat ihn massenhaft in seinen ehemaligen Kolonien erhalten bzw. gezeugt; er ist schuld am noch immer vorhandenen Analphabetismus in den von ihm abhängigen Ländern, zum Beispiel in Lateinamerika; er reproduziert `modernes` Analphabetentum im eigenen Lande und schafft sich ständig neu eine Reservearmee von Handlangern und Hilfsarbeitern“ (Neues Deutschland).

Dass es eine Alternative gibt, zeigt das sozialistische Kuba. Diese kleine Insel in der Karibik, die seit Jahrzehnten unter einer massiven Wirtschaftsblockade durch die USA leidet, deren Außenhandelsbeziehungen mit der Zerschlagung der Sowjetunion um 85 Prozent wegbrachen und deren Inlandsprodukt infolge um über 30 Prozent sank hat eine Analphabetisierungsrate von nahezu 0 Prozent! Das hochentwickelte, kapitalistische Deutschland bekommt dies offensichtlich nicht hin. - kaj

# Erich Honnecker zum Mauerbau

*Vor 25 Jahren begann die Zerschlagung der DDR, des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden.*



Dieser Tage jährt sich die sog. „friedliche Revolution“ in der DDR zum 25. Mal. In der medialen Propaganda darf da der „Kanzler der Einheit“, Helmut Kohl, ebenso wenig fehlen, wie der

selbsternannte „Freiheitskämpfer“ und „Menschenrechtler“ Joachim Gauck. Letzterer wird nicht müde zu betonen: „Die DDR war ein Unrechtsstaat“ – zuletzt auf seiner Rede am 9. Oktober in Leipzig. Als Beweis für diese Behauptung muss in der Regel „die Mauer“ erhalten, als Sinnbild der Grausamkeit und Unmenschlichkeit des Sozialismus/Kommunismus. Die simple Botschaft lautet: Die Mauer war böse und mit ihr die Kommunisten. Dabei ist bemerkenswert, dass niemals auch nur die Frage gestellt wird, unter welchen Bedingungen die Berliner Mauer 1961 errichtet wurde. Dies hat einen Grund: Jede unvoreingenommene Betrachtung der damaligen Ereignisse würde den Mythos von der „bösen Mauer“ und den „bösen Kommunisten“ zerstören. Lassen wir den damaligen Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates und Sekretär für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED, Erich Honnecker, selbst zu Wort kommen. In seiner politische Erklärung vor der 27. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts am 3. Dezember 1992 stellte er fest:

„Nachdem 1945 alles in Scherben lag, gehörte nicht die ganze Welt Deutschland..., sondern Deutschland gehörte den Alliierten. Deutschland war in vier Zonen geteilt. ... In den USA gab es damals Pläne (z.B. den Morgenthauplan), Deutschland für dauernd in mehrere Staaten aufzuteilen. ... Die damals von der UdSSR angestrebte Erhaltung der Einheit Deutschlands kam jedoch nicht zustande. Deutschland wurde im Ergebnis des 1947 von den USA ausgerufenen Kalten Kriegs auf dem Weg über die Bildung der Bizone, der Trizone, die separate Währungsreform und schließlich die Bildung der Bundesrepublik im Mai 1949 für lange Zeit zweigeteilt. **Diese Teilung war, wie die zeitliche Abfolge beweist, nicht das Werk der Kommunisten, sondern das Werk der westlichen Alliierten und Konrad Adenauers.** Die Bildung der DDR war eine zeitliche und logische Folge der Bildung der BRD. Nunmehr existierten zwei deutsche Staaten nebeneinander. Die BRD war jedoch nicht gewillt, die DDR anzuerkennen und mit ihr friedlich zu leben.

Sie erhob vielmehr für ganz Deutschland und alle Deutschen den Alleinvertretungsanspruch. Sie verhängte mit Hilfe ihrer Verbündeten über die DDR ein Wirtschaftsembargo und versuchte so, die DDR wirtschaftlich und politisch zu isolieren. Es war eine Politik der nichtkriegerischen Aggression, die die BRD gegen die DDR führte. Es war dies die Form des Kalten Krieges auf deutschem Boden.

**Nachdem** die BRD der NATO beigetreten war, schloss sich die DDR dem Warschauer Vertrag an. Damit standen sich beide deutschen Staaten als Mitglieder feindlicher Militärbündnisse feindlich gegenüber. ...

Die DDR und die mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Vertrages gerieten in eine schwierige Situation. Die Politik des Roll-back schien in Deutschland zum Erfolg zu führen. Die NATO schickte sich an, ihren Einflussbereich bis an die Oder zu erweitern.

Durch diese Politik entstand 1961 eine Spannungssituation in Deutschland, die den Weltfrieden gefährdete. **Die Menschheit stand am Rande eines Atomkrieges.** In dieser Situation also beschlossen die Staaten des Warschauer Vertrags den Bau der Mauer. Niemand fasste diesen Entschluss leichten Herzens. Er trennte nicht nur Familien, sondern er war auch das Zeichen einer politischen und wirtschaftlichen Schwäche des Warschauer Vertrags gegenüber der NATO, die nur mit militärischen Mitteln ausgeglichen werden konnte.

Bedeutende Politiker außerhalb Deutschlands, aber auch in der BRD, erkannten nach 1961 an, dass der Bau der Mauer die Weltlage entspannt hatte. Franz Josef Strauß schrieb in seinen Erinnerungen: „Mit dem Bau der Mauer war die Krise, wenn auch in einer für die Deutschen unerfreulichen Weise, nicht nur aufgehoben, sondern eigentlich auch abgeschlossen“. Vorher hat er über den **geplanten Atombombenabwurf im Gebiet der DDR** berichtet. ...

Fragen muss man aber auch, was geschehen wäre, ... wenn wir die Mauer nicht gebaut, die Ausreise aus der DDR jedem zugebilligt und damit freiwillig die DDR schon 1961 aufgegeben hätten. ... Eine derartige Zuspitzung der Ereignisse ... hätte das **Risiko eines dritten Weltkriegs** bedeutet. Dieses Risiko wollten, konnten und durften wir nicht eingehen. Wenn das in Ihren Augen ein Verbrechen ist, so werden Sie sich vor der Geschichte mit Ihrem Urteil selbst richten“. - kaj

## Gedanken eines Kommunisten zur Energiewende

Gedanken eines Kommunisten zur Energiewende anlässlich der Eröffnung des neuen Steinkohlekraftwerks Rheinhafendampfkraftwerk (RDK) 8 der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) im Karlsruher Rheinhafen



Die Blöcke RDK 7 und RDK 8 des EnBW-Kohlekraftwerks im Rheinhafen von Karlsruhe. Quelle: [www.bund-mittlerer-oberrhein.de](http://www.bund-mittlerer-oberrhein.de)

Kürzlich wurde das neue **Steinkohlekraftwerk Rheinhafendampfkraftwerk (RDK) 8** der Energie Baden-Württemberg AG (**EnBW**) im **Karlsruher Rheinhafen** mit großer öffentlicher Beteiligung eingeweiht. Ganz unterschiedlich waren die Reaktionen in der Presse. Während zum Beispiel der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) das Kraftwerk wegen seiner CO<sub>2</sub>-Emissionen als Gefahr für das Weltklima kritisierte und den Ausstieg aus der Kohleverstromung forderte, unterstrich EnBW, dass das RDK 8 zu den weltweit effizientesten Steinkohlekraftwerken gehört, also pro kWh Strom weniger CO<sub>2</sub> erzeugt als ältere Steinkohlekraftwerke. Gleichzeitig betonte der Eigentümer aber, dass mit dem Kraftwerk trotzdem zurzeit kein Geld zu verdienen sei. Wie soll man diese Widersprüche verstehen?

### Energieversorgung und Energiewende unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen der BRD

Wie alle Unternehmen in kapitalistischen Produktionsverhältnissen strebt auch EnBW nach **Maximierung des Unternehmensprofits** durch die Steigerung des Mehrwerts pro Beschäftigtem. Deshalb investiert das Unternehmen in effizientere Steinkohlekraftwerke. Freilich ist das nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens machbar. Aufgrund der Verflechtung des bundesdeutschen Staates mit den Großkonzernen der Energiewirtschaft, aber auch mit Herstellerfirmen übernimmt der Staat diejenigen Aufgaben, die ein einzelnes Unternehmen überfordern würden. Das war nicht immer so. Wir Kommunisten bezeichnen diese Entwicklungsstufe des Kapitalismus als **staatsmonopolistischen Kapitalismus**.

Ausdruck des staatsmonopolistischen Charakters beim erneuerbaren Umbau der Energieversorgung ist u. a. das **Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG)**. Es garantierte und garantiert immer noch zum Beispiel den Betreibern von Windkraft- und Photovoltaikanlagen über Jahre hinweg die Abnahme ihrer Erzeugung zu festen Preisen. Vermögende Anleger konnten so über Jahre sehr hohe Renditen erzielen. Stark vereinfacht könnte man sagen: „Wer hat, dem wird gegeben“. Der Kreis der Profiteure der **„neuen Energiewirtschaft“** geht weit über die klassischen Energieversorgungsunternehmen hinaus, die zu lange auf ihre alten Geschäftsmodelle setzten. Und da die Erzeugungskosten erneuerbarer Energien (zunächst) aufgrund geringer Effizienz und fehlender Skaleneffekte über denen konventioneller Kraftwerke lagen, und zum Großteil noch liegen, lässt sich das EEG nur durch Umverteilung finanzieren. Die Besonderheit des EEG liegt im Mechanismus der Umverteilung. Formal greift der Staat nicht ein, sondern überlässt die Aufgabe den Betreibern der Hochspannungsnetze. Sie legen die den Betreibern garantierte Einspeisevergütung auf alle Strom-Verbraucher um, in Form der sogenannten **„EEG-Umlage“**.

Über die EEG-Umlage finanzieren also alle Haushalte den Profit der „neuen Energiewirtschaft“. Auch diejenigen, die weder Geld zum „Vermögensaufbau“ noch zum Sparen besitzen oder gänzlich „von der Hand in den Mund“ leben.

### „Marktfetischismus“ und Regulierung in der Energiewirtschaft der BRD

Bis 1998 war die deutsche Energiewirtschaft „reguliert“, das heißt die BRD war in Regionen aufgeteilt, in denen jeweils ein Erzeuger zu festgesetzten Prei-

sen lastdeckend Strom produzierte. Diese Unternehmen waren keineswegs staatlich, sondern privatkapitalistisch organisiert. Zum Beispiel sind die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) eine Aktiengesellschaft. Ihre Aktionäre waren (und sind) Privatpersonen genauso wie Städte und Gemeinden.

Dann kam die „Liberalisierung der Energiewirtschaft“. Gemäß neoliberaler Wirtschaftstheorie propagierte der Staat, dass die Einrichtung eines Strommarktes und die Konkurrenz der Stromerzeuger auf diesem Markt am besten für die ganze Gesellschaft seien. Das Ergebnis ist die Existenz zahlreicher Energiemärkte, an denen Strom real oder „finanziell“ gehandelt wird, einige davon auf europäischer Ebene.

Ob das, wie behauptet, volkswirtschaftlich kostengünstiger ist als die Situation vor der Liberalisierung prüft niemand nach. Sicher ist nur, **dass die Strompreise für Endverbraucher seit der Liberalisierung gestiegen sind.** Man könnte von einem „Marktfetischismus“ reden, wären da nicht Teile der Energiewirtschaft, die nach wie vor reguliert sind. Beispiele sind die Hochspannungsnetze und die erneuerbaren Energien. Dieses Nebeneinander von Markt und Regulierung erklärt auch, weshalb das hocheffiziente RDK 8 der EnBW keine Springquelle von Profit ist: Weil erneuerbare Energien Vorrang bei der Einspeisung in das Versorgungsnetz haben, müssen die konventionellen Kraftwerke (Kernkraft, Kohle, Gas, Öl) nur die verbleibende Last decken. Dafür wird das kostengünstigste verfügbare Kraftwerk eingesetzt. Nach diesem richtet sich der Preis am Großmarkt. Ihren Betriebskosten entsprechend gehen deshalb zuerst Kernkraftwerke ans Netz, dann Braunkohle-, danach Steinkohle- und schließlich Gas- und Ölkraftwerke. Gegenwärtig wird in vielen Stunden des Jahres so viel erneuerbare Energie eingespeist, dass nur wenige konventionelle Kraftwerke benötigt werden, also Kern- und Braunkohlekraftwerke und manchmal auch Steinkohlekraftwerke. Dadurch laufen die Steinkohlekraftwerke zu wenig Stunden im Jahr und decken allenfalls ihre Betriebskosten, nicht aber ihre Investitionskosten. Darum möchten ausnahmslos alle Energieversorgungsunternehmen alte Steinkohlekraftwerke stilllegen. Dieser „Marktmechanismus“ greift aber nicht, weil die Bundesnetzagentur als zuständige Aufsichtsbehörde die Stilllegung untersagt. Denn im Falle hoher Nachfrage an einem windstillen trüben Wintertag werden auch alte Kraftwerke benötigt, die ansonsten das ganze Jahr über stillstehen. Um das Ganze auf die Spitze zu treiben, soll auch das geschilderte Problem der Stilllegung alter Kraftwerke durch einen neuen zusätzlichen Markt, den „Kapazitätsmarkt“ gelöst werden.

### **Kleinbürgerliche Umweltbewegung, Kommunisten und die Energiewende**

Seit ihrer Entstehung lebt die kleinbürgerliche Umweltbewegung vom Mantra „small is beautiful“. Deshalb propagiert sie eifrig dezentrale Lösungen. Dabei hinterfragt sie den oben geschilderten neoliberalen Marktfetischismus in keiner Weise. Denn sie hat ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht. Überdies legt diese, vor allem in der Partei „Die Grünen“ beheimatete Bewegung in Umweltfragen einen missionarischen Eifer an den Tag, der mit Rationalität wenig zu tun hat. „Die Welt ändert sich, wenn sich jeder ändert.“ Indem dieses idealistische Weltbild dem Einzelnen die Verantwortung für notwendige Veränderungen zuweist, nimmt es das kapitalistische Profitstreben aus dem Blickfeld und sichert dessen Existenz. Nicht weniger missionarisch wird suggeriert, dass drastische Maßnahmen im Energiesektor der BRD ein globales Problem lösen könnten, dass gleichsam nur ein „Welt-Musterknabe“ nötig sei, um den Rest der Welt mitzuziehen – unabhängig von dessen Möglichkeiten und dem weltweit vorherrschenden Profitprinzip.

Wir Kommunisten vertreten ein **dialektisch materialistisches Weltbild**. Wie die Geschichte zeigt, ändert sich die Welt nicht durch missionarischen Eifer unter Unkenntnis, ja Verdrehung von Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft. Nein, sie ändert sich in den Kämpfen des Neuen gegen das Alte und Überkommene – in der Gesellschaft, in der Wissenschaft wie in der Produktion. Kämpfe, die umso erfolgreicher sein werden, je genauer sie die objektiven Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft erkennen und nutzbar machen. Der Kapitalismus zeigt sich in vielerlei Hinsicht äußerst flexibel. Nur in seiner kurzfristigen Profitorientierung, seiner gnadenlosen Konkurrenz und den sich daraus ergebenden Folgen ist er kompromisslos. Daran ändert auch die Größe einer Technologie nichts. Ob „small“ oder „big“, Kapitalismus bleibt Kapitalismus. Die Umgestaltung unserer Energieversorgung in Richtung CO<sub>2</sub>-armer Erzeugung ist eine (technologische) Systemänderung, die im Kapitalismus nur krisenhaft vonstattengehen kann. Und das heißt: Vernichtung von Produktivkräften durch Stilllegung moderner Technologien und von Arbeitskräften, sprich: **Arbeitslosigkeit**.

Wir Kommunisten stellen dagegen: **„Socialism is beautiful“**. Wir setzen auf eine langfristige planmäßige Umgestaltung des Energiesystems unter Beachtung seines gesellschaftlichen Zwecks: Preisgünstige sichere Energieversorgung für alle. Die planmäßige Umgestaltung des Energiesystems und Fortschritte des Erkenntnisprozesses ohne die Deformationen im Kapitalismus sind jedoch erst im Sozialismus möglich. **Und genau das ist unser Ziel!** - klW



# Freihandel bedeutet Klassenkampf von oben

TTIP, CETA & Co stellen eine Kriegserklärung gegen die arbeitende Bevölkerung dar. Am 11. Oktober war europaweiter Aktionstag gegen die Freihandelsabkommen – auch in Karlsruhe!



Auf dem Platz vor der Stephanskirche hat ein Karlsruher Bündnis aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen am 11. Oktober die selbstorganisierte **Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA** eingeleitet (<http://stop-ttip.org/de/unterschreiben/>). Selbstorganisiert deshalb, weil die EU-Kommission zuvor eine „offizielle“ Bürgerinitiative untersagt hat.

Der Protest richtet sich gegen die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen EU-Europa und US-Amerika (TTIP). Diese Verhandlungen werden unter größter Geheimhaltung hinter dem Rücken nationaler und internationaler demokratischer Gremien geführt. Weder die Abgeordneten des EU-Parlaments, noch die Abgeordneten des Bundestags werden informiert. Der Deutsche Städtetag stellte hierzu in einem Beschluss vom 12.02.2014 fest: „Der bisherige Prozess der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU-USA ist in höchstem Maße intransparent und vernachlässigt erheblich die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die der Kommunen“. Am Verhandlungstisch sitzen dagegen rund 600 Vertreter des Monopol- und Finanzkapitals der USA und der EU. Am Ende sollen die Abgeordneten über ein Abkommen abstimmen, an dessen Verhandlung sie nicht beteiligt waren und dessen Inhalte sie nicht kennen!

Die völlige Intransparenz der Verhandlungen ist ein Indiz für den undemokratischen Inhalt des Abkommens. Es geht weder um Arbeitsplätze, noch um Wachstum und Wohlstand. Es geht einzig und allein um den Ausbau der Macht des Monopolkapi-

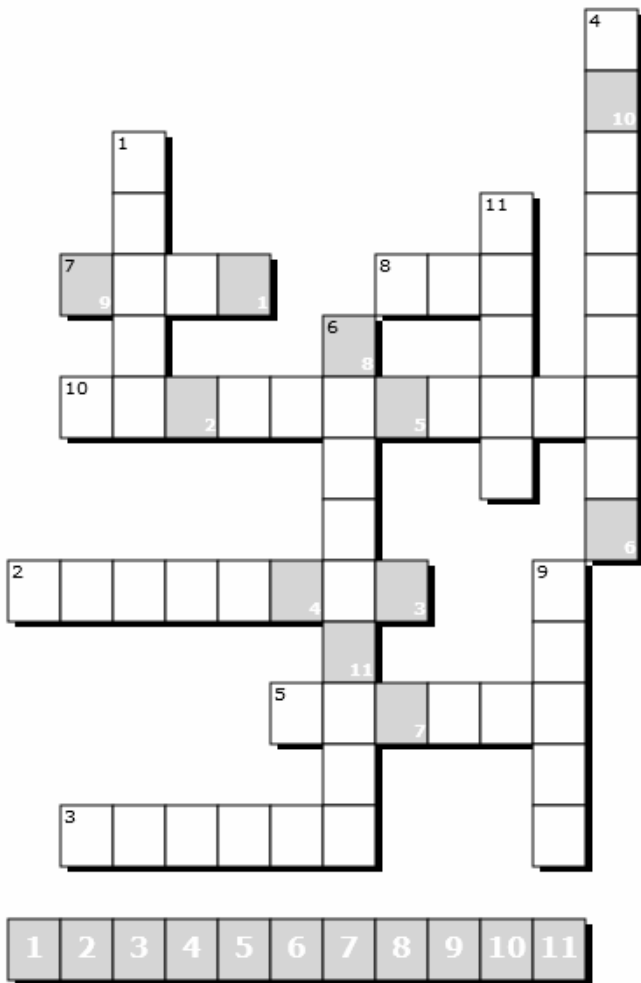
tals und um die **staatliche Garantie des Profits** (sog. „Investitionsschutz“). Mit anderen Worten: Internationalen Großkonzernen soll das Recht eingeräumt werden, Staaten zu verklagen, sofern diese durch Sozial- oder Umweltgesetze die Profite schmälern. Über jeder gesetzlichen Verbesserung von Arbeitnehmerrechten, jeder Anstrengung zum Umweltschutz soll in Zukunft das Damoklesschwert der Klage und des Schadenersatzes hängen. **Ganze Staaten werden damit erpressbar gemacht!** Entweder Abbau von Arbeitnehmerrechten und Umweltschutzstandards, oder milliarden-schwere Schadenersatzforderungen durch die internationalen Monopolkonzerne. Das ist eine **Kriegserklärung gegen die Demokratie!**

Es bestätigt sich die Einschätzung von Walter Ulbricht (1960 bis 1973 Vorsitzender des Staatesrates der DDR): „Das Monopol als das ökonomische Hauptmerkmal des Imperialismus existiert nicht mehr nur als einfaches Privatmonopol, sondern es wird **staatlich garantiert**“.

Die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sind bereits abgeschlossen. Die Ergebnisse gelten als Blaupause von TTIP. **Die Verhandlungen zu TTIP sind sofort einzustellen und CETA ist unter keinen Umständen zu ratifizieren!**

Dabei wirken sich die Freihandelsabkommen auch ganz konkret auf **kommunaler Ebene** aus. Die gesamte kommunale Daseinsvorsorge droht privatisiert zu werden: Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, ÖPNV, Kultur (Bibliotheken, Theater usw.). Der Bayerische Städtetag stellte hierzu in einer Pressemitteilung vom 08.11.2013 fest: „Eine neue Liberalisierungswelle könnte mit transatlantischer Wucht kommen“. - kaj





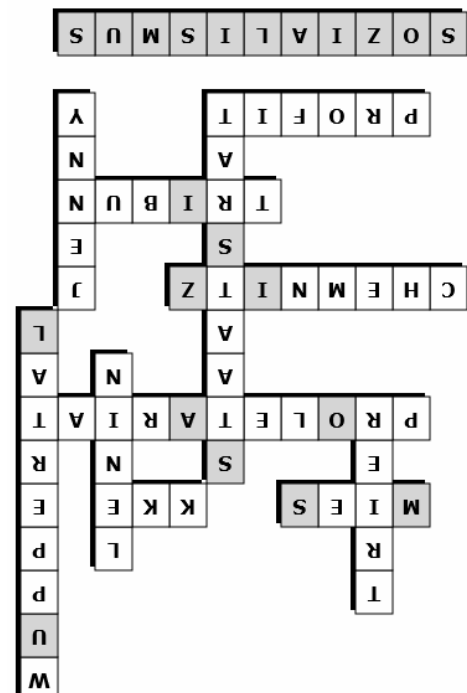
1. Geburtsort von Karl Marx
2. ehem. Karl-Marx-Stadt
3. "Lohn, Preis und ..."
4. Geburtsort von Friedrich Engels
5. "Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch ..."
6. Kollektives Staatsoberhaupt der DDR
7. ehem. Vorsitzender der DKP: Herbert ...
8. Kommunistische Partei Griechenlands (Abk.)
9. Ehefrau von Karl Marx
10. Anderes Wort für "Arbeiterklasse"
11. Wladimir Iljitsch Uljanow



Deutsche Kommunistische Partei

# Kreuz Wort Rästel

|   |   |   |   |  |   |   |   |   |
|---|---|---|---|--|---|---|---|---|
| 5 |   |   | 6 |  | 7 | 8 |   |   |
|   |   |   |   |  |   |   | 5 | 6 |
| 1 |   | 9 | 3 |  |   |   | 7 |   |
|   |   | 3 |   |  | 9 |   |   |   |
| 9 |   | 2 | 1 |  | 5 | 3 |   | 7 |
|   |   |   | 8 |  |   | 6 |   |   |
|   | 4 |   |   |  | 1 | 7 |   | 3 |
| 2 | 5 |   |   |  |   |   |   |   |
|   |   | 1 | 7 |  | 6 |   |   | 4 |



## Pflegenotstand in Karlsruhe

In einem Ende September veröffentlichten „Personalcheck“ stellt die Gewerkschaft ver.di Baden-Württemberg eine gravierende **Unterbesetzung in der Altenpflege** fest: „Jede vierte Stelle fehlt“. Selbst diejenigen Stellen, die vorhanden sind, können oftmals nicht besetzt werden. So gab es 2012 an Karlsruher Krankenhäusern ca. 3.000 offene Stellen. Grund sind die **katastrophalen Arbeitsbedingungen** für Pflegepersonal in Deutschland. Dahinter steht wiederum die **Privatisierung des Gesundheitswesens**. Diese unterwirft die Kliniken und Pflegeeinrichtungen dem **kapitalistischen Profitprinzip**. Das Management fordert entsprechend, möglichst viele Fälle pro Zeit zu bearbeiten, um den Gewinn zu steigern und die Kosten zu senken. Die Pflegequalität nahm damit in den letzten Jahren rapide ab.

Die Politiker handeln dagegen weiterhin ganz im Sinne des Kapitals. Welche „Lösungen“ bieten die herrschenden Parteien an? Die GRÜNEN setzen auf ehrenamtliche Helfer statt auf mehr reguläres Personal. Die SPD fordert mehr Zuwanderung, d.h. mehr Pflegekräfte aus dem Ausland, statt im Inland die Pflegeausbildung attraktiver zu gestalten und die Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern. Die CDU leugnet ihre gesellschaftliche Verantwortung und möchte die betroffenen Familien selbst in die Pflicht nehmen, d.h. auch die Pflegekosten auf die Familien abladen. Der ehem. FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr, heute Vorstand der Allianz-Krankenversicherung, fordert dagegen die weitere Privatisierung des Gesundheitswesens.

Die Ideologien von Familienhilfe, von Eigenverantwortung und vom freien Markt verdecken dabei, dass die Pflege eine gesellschaftliche Aufgabe ist – und dass eine Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, nur im **Sozialismus** zu haben ist. – kaj



**UZ - unsere zeit -  
Wochenzeitung der DKP**

**Jetzt 4 Wochen  
kostenlos probelesen!**

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · [www.dkp.de](http://www.dkp.de)

## Kontakt zur DKP?

Besuche unverbindlich eine unserer **monatlichen Mitgliederversammlungen** oder nimm an unseren **regelmäßigen Bildungsabenden** teil.

Infos auf Anfrage: [info@dkp-karlsruhe.de](mailto:info@dkp-karlsruhe.de)

oder:  **Finde uns auf facebook**



Hans Jürgen Rettig  
Markgrafenring 10  
76703 Kraichtal  
<http://www.imkerei-kraichtal.de/>

**Lust auf Honig?**